



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 88
Fernschreiber 0886890

Z/KIV/80 - 9. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Kernenergie für friedliche Zwecke? Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB	89
3 - 5	Eindrücke von einer Reise durch Algerien Die Algerier wie die Franzosen wünschen ein Ende des grausamen Krieges Von Adolf Ludwig, MdB	146
6 - 7	Der Landesvater von Niedersachsen Der politische Werdegang von Heinrich Wilhelm Kopf	68
8	Unwürdig Die unbeantwortete Einladung des Obersten Sowjets	42

* * *

* *

Kernenergie für friedliche Zwecke ?

Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB.

Der Deutsche Bundestag hat vor Ostern zwei internationale Übereinkommen zugestimmt, die sich auf die Verwendung der Atomkernenergie beziehen, dem Übereinkommen über die Errichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie und dem über die Gründung der europäischen Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe (Eurochemie); beide vom 20.12.1957.

In der Vorrede zum Übereinkommen über die Sicherheitskontrolle heisst es, daß das im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit eingeleitete gemeinsame Vorgehen für die Erzeugung und Verwendung der Kernenergie " die Entwicklung der europäischen Kernenergie-Industrie auf ausschließlich friedliche Ziele ausrichten soll und keinen militärischen Zwecken dienen darf ".

Das klingt erfreulich, aber leider ist es nicht die volle Wahrheit. Es ist nicht wahr, daß das Abkommen bewirken kann und bewirken wird, die Entwicklung der europäischen Kernenergie-Industrie auf ausschließlich friedliche Zwecke auszurichten. Denn leider sind in dem Abkommen große Lücken gelassen, welche unfriedliche Verwendung der Kernenergie jederzeit und überall möglich machen. Die Kontrolle gemäß dem Übereinkommen erstreckt sich nämlich nur auf Gemeinschaftsunternehmen mehrerer Regierungen oder von Angehörigen mehrerer Staaten, welche auf Veranlassung oder mit Hilfe der Europäischen Kernagentur gegründet werden. Die Sicherheitskontrolle kann, wenn die Parteien einer mehrseitigen Vereinbarung dies beantragen, auf diese Vereinbarung angewendet werden, oder auch, wenn eine Regierung dies beantragt, auf jede Tätigkeit angewendet werden, für welche diese Regierung im Bereich der Kernenergie verantwortlich ist. So steht es im Text des Übereinkommens und das bedeutet nicht weniger, als daß eben trotz des Übereinkommens die Regierungen, die ihm beigetreten sind oder beitreten, auf dem Gebiet der militärischen Anwendung der Kernenergie tun können, was sie wollen.

In dem Sicherheitskontrollabkommen wird ausdrücklich festgesetzt, daß Verwendung von Kernenergie zum Antrieb - also z.B. von Flugzeugen, Unterseebooten, Raketen - nicht als militärische Verwendung angesehen wird. Militärischer Zweck im Sinn des Abkommens ist ausschließlich die Verwendung in Kriegswaffen. Und in einer Anlage zum Übereinkommen steht dem Sinne nach, daß jeder die Kenntnisse, die er z.B. in Ausbildungsstätten erworben hat, die im Sinn des Abkommens friedlicher Forschung dienen, für nicht-friedliche Zwecke verwenden darf.

Das Eurochemic-Abkommen hat die Gründung einer internationalen Gesellschaft zum Inhalt, die in Mol in Belgien eine Fabrik aufbauen wird, in der bestrahlte Kernbrennstoffe chemisch aufgearbeitet werden. Es handelt sich um die berühmte "heiße Chemie". Aus gebrauchten Reaktorbrennelementen werden radioaktive Stoffe gewonnen, die in der Industrie, Medizin, Landwirtschaft und auch in Reaktoren verwendet werden können. Das Eurochemic-Unternehmen steht gemäß dem Sicherheitskontroll-Abkommen unter der Sicherheitskontrolle.

So wichtig es ist, daß durch die beiden Übereinkommen wenigstens für einen Teil der Atomkern-Industrietätigkeit gesichert ist, daß sie friedlichen Zwecken dient, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Lücken im Sicherheitskontroll-Abkommen jeden Mißbrauch der Atomkernenergie für militärische Zwecke im Gebiet der vertragschließenden Staaten zulassen.

Zu den vertragschließenden Staaten gehört auch die Bundesrepublik. Sie hat sich zwar verpflichtet, keine A-B-C-Waffen (Atom-, Bakterien- und chemische Waffen) herzustellen, aber wie der Bundesverteidigungsminister diese Verpflichtung auslegt, ist für ihn kennzeichnend. Kurz vor der Erklärung der 18 Göttinger vom April 1957 sagte Herr Strauß: "Wenn die Bundesrepublik sich auch verpflichtet hat, keine A-B-C-Waffen herzustellen, so kann sie doch auf dem Reißbrett planen und sie kann sich an der Herstellung einer sozusagen "europäischen" Kernwaffe beteiligen". Als dann die Göttinger Erklärung heraus war, da beteuerte Herr Strauß - wenige Tage später! - in der Bundesrepublik denke niemand an die Herstellung von Atomwaffen. Der Plänen, die Atomrüstung auf die großen Drei beschränkt sein zu lassen, hat sich die Bundesregierung und Herr Strauß immer widersetzt, zur Zeit der Londoner Abrüstungskonferenz und auch jetzt wieder, wo es um die Entspannung in Europa geht.

Eindrücke von einer Reise durch Algerien

Von Adolf Ludwig, MdB

Auf Einladung der französischen Regierung unternahmen zwölf Mitglieder des Bonner Bundestages eine Studienreise durch Algerien. Unter den Teilnehmern befand sich auch der Abgeordnete Adolf Ludwig, Firmasens, der uns im folgenden seine persönlichen Eindrücke schildert.

Man ist uns teils zurückhaltend respektvoll, teils recht freundlich begegnet, während die offiziellen Stellen alles taten, um uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen und uns einen guten Einblick in die Verhältnisse dieses Landes zu geben, das viermal so groß ist wie Frankreich selbst bei nur zehn Millionen Einwohnern.

Wir waren stark beeindruckt von den ganz modernen städtebaulichen Leistungen, aber wir sahen auch die Wohn- und Lebensweise in den Eingeborenenvierteln und die primitiven Unterkünfte, die sich durch den starken Drang nach der Stadt ergeben haben, um deren Beseitigung man jedoch überall sehr bemüht zu sein scheint.

Bei aller Inanspruchnahme durch das reichhaltige Programm hatten wir auch Gelegenheit, kritische Stimmen zu vernehmen, die Auffassungen der Aufständischen kennenzulernen und einige Tips zu bekommen, die für unsere Beobachtungen wertvoll waren.

Vor der Abreise erhielten wir schon vielseitiges Material sowohl von Regierungsseite, als auch von den Vertretungen der beiden Bewegungen der Aufständischen.

In Algerien liegen einige Umstände vor, die eine Lösung schwieriger machen als in den Kolonialgebieten, in denen es bereits zur Beseitigung der Kolonialmacht gekommen ist. Von den zehn Millionen Einwohnern sollen etwa zwei Millionen Europäer sein. Diese Zahl ist unstritten, ebenso wie die Zahl der bewaffneten Aufständischen, die von diesen selbst mit etwa einkundertausend angegeben wird, von ihren Gegnern aber nur mit zehntausend bis zwanzigtausend.

Da sich Frankreich seit 1830 in Algerien befindet, sind viele der dort ansässigen Franzosen im Land geboren und bezeichnen es deshalb als ihr Mutterland. Diese Auffassung ist übrigens auch in Frankreich selbst noch so stark eingebürgert, daß es fast gefährlich ist, öffentlich eine andere Auffassung zu vertreten - was jeder Regierung Kompromißlösungen erschwert oder unmöglich macht.

Drahtsperrren entlang der Grenze

Ein großer Teil der Aufständischen befindet sich auf tunesischem, zum kleineren Teil auch auf marokkanischem Boden. Um den Waffenschmuggel nach Algerien zu verhindern, wurden der Grenze entlang Drahtsperrren angelegt, die elektrisch geladen sind und bei Berührung Alarm auslösen. Auch Minenfelder sind damit verbunden. Zwischen diesen Anlagen und der Grenze liegen teilweise wichtige Erzbergwerke, die unter entsprechender Absicherung weiterarbeiten. Die Militärs erklären, daß sich ihr Gegner auf dem Boden eines Landes befindet, dessen Souveränität respektiert werden müsse. Deshalb seien die Absperrungsmaßnahmen nötig gewesen, die auch den Vorteil hätten, die Opfer bis zur Erreichung einer Lösung erheblich zu verringern. Der Waffenschmuggel sei fast unmöglich geworden.

Wir hatten Gelegenheit, eine solche Abspernung nebst Alarmvorrichtung und Wachbereitschaft zu sehen. Große Scheinwerfer leuchten nachts das Gebiet ab. Die gefährdeten Siedler oder Nomaden begeben sich teils freiwillig unter militärischen Schutz, teils werden sie evakuiert. Daß dies mit großen Härten verbunden ist, brauche ich wohl nicht besonders zu schildern. Wir sahen eine große Ansiedlung in einem fruchtbaren Gebiet, wo die Leute auf den großen Gütern arbeiten können und ein eigenes Stück Land zur Verfügung gestellt bekommen. Die Neuankömmlinge wohnen in Zelten, für die Mehrzahl sind bereits feste Wohnstätten errichtet. Etwas erhöht befindet sich hinter festungsartigem Gemäuer mit entsprechenden Absperrungen der militärische Schutz. Dort sahen wir auch eine Selbstschutzgruppe der Einheimischen.

Die Aufständischen halten durch ihre Aktionen in allen Teilen des Landes einen ungeheuren militärischen Apparat Frankreichs in Bewegung und verursachen durch erzeugte Unsicherheit eine große moralische Belastung. Wie lange ist der moralische Druck, wie lange sind die enormen Kosten zu tragen? Diese Frage ergibt sich automatisch.

Ölhaltige Sahara

Die Ölfunde in der Sahara haben natürlich das Selbstbewußtsein und den Beharrungswillen der Verteidiger der Zugehörigkeit Algeriens zu Frankreich sehr gestärkt. Wir besuchten die Zone der Ölgewinnung. Imponierende Landstraßen durchziehen heute nach allen Richtungen die Sahara, und unser Flugzeug landete auf einem ganz modernen Flugplatz. Fünfzehn Kilometer Autofahrt, und wir standen vor einer Siedlung, die bereits 3.500 Einwohner zählt. Sie bauen und unterhalten die Straßen, betreuen die Bohrtürme, die Ölleitungen und die Anlagen zur Absonderung des Gases, für das man noch keine Verwendung hat, und das in hohen Feuersäulen nach allen Richtungen sichtbar ist. Der Transport des Öls erfolgt zum Teil schon in Rohrleitungen, aber auch in Tankwagen bis zur nächsten Bahnlinie oder bis zum Hafen. Ein deutscher Interessent für Konzessionen, den wir zufällig in einem Hotel trafen, erklärte uns, daß es sich um ein wertvolles Öl handle und daß diese Ölgewinnung eine große Zukunft habe. Da man auch ausreichend Wasser gefunden hat, sind alle Behausungen in jeder Weise hygienisch eingerichtet. Das Übernachten war angenehmer als manche befürchteten, und als wir in dem geräumigeren Restaurant nicht nur die übliche französische Mahlzeit mit Rot- und Weißwein einnahmen, sondern am Abend auch Kronenburger Bier aus Straßburg trinken konnten, dachten wir an die alten Wüstenkarawanen mit ihren Leiden und Entbehrungen.

Die Jahreszeit war für unseren Besuch besonders günstig; es war Frühlingstemperatur, zeitweise sogar wolkig mit etwas Regen und einmal sogar Hagelwetter. Außerhalb der Sahara prägte alles in saftigem Grün, Korn und Wiesen waren schon gut entwickelt, an den Reben zeigten sich die ersten Triebe, die Dattelpalmen standen in Blüte, in den Orangeräubern wurde geerntet.

Aber man machte uns darauf aufmerksam, wie es im Juli aussehen wird, und damit waren wir zugleich beim Problem der Bewässerung angelangt. Die Errichtung von Talsperren ist das große Problem. Das Wasser der Regenzeit muß gesammelt und in der trockenen Zeit zur Be-

wässerung der Felder verwendet werden. Wir sahen zwei solcher Riesenbauwerke und die damit verbundenen Anlagen. Hier sind enorme Investitionen erforderlich, aber sie schaffen die Voraussetzungen dafür, eine sehr rasch zunehmende Bevölkerung zu ernähren und Erwerbs- und Exportmöglichkeiten zu sichern.

Problem der Bodenverteilung

Damit in Verbindung ist natürlich auch das Problem der Bodenverteilung und sinnvoller Besiedlung zu lösen. Bei den Aussprachen wurde immer wieder auf den Plan von Constantine verwiesen, durch dessen rasche und nachdrückliche Durchführung der allgemeine Lebensstandard gehoben werden soll. Man setzt auf seine Verwirklichung große Hoffnungen. Was uns in Bonn als Ergebnis langer genössenschaftlicher Arbeit gezeigt wurde, war sehr eindrucksvoll. Sowohl die Einrichtungen zum Versand gebrauchsfähigen Tabaks und entsprechend präparierter Baumwolle, wie auch die sozialen und hygienischen Einrichtungen des Betriebes können sich schon lassen als vorbildliche Leistungen.

Der erste Anblick der imposanten Städte wie Algier, Oran, Bone, Philippeville, Constantine, ist für jeden Erstbesucher überraschend. Die letztgenannte Stadt, auf hohen Felsen, mit einer zweihundert Meter tiefen Schlucht erbaut, ist geradezu eine bedeutende Sehenswürdigkeit. Biskra hat mit seinen Palmenanlagen und Alleen einen besonderen Reiz.

Der Blick in eine Schule nebst Anlagen für die Züchtung bester Dattelsorten war wohl für alle eine Überraschung. Auch eine gut eingerichtete landwirtschaftliche Schule wurde uns gezeigt, ebenso Berufs-, Mittel- und Volksschulen. Letztere konnten wir während des Unterrichts besuchen, darunter eine ganz moderne Schule. Die Teilnahme der Kinder soll schwanken zwischen einem Drittel und der Hälfte, Araber und Europäer sitzen beisammen. Es wurde uns versichert, daß der Ausbau des Schulwesens rasch und energisch gefördert werden soll.

Kinderreichtum

Der große Kinderreichtum in Stadt und Land fällt natürlich stark auf. Die mittlere Altersgruppe ist in hohem Maße außer Landes, wovon etwa dreihunderttausend Algerier in Frankreich arbeiten und der Rest den Aufständischen-Verbänden angehört. Die im Lande Verbliebenen sind in allen Berufen tätig, im allgemeinen sehr arbeitslos und teilweise recht geschickte Handwerker, Bauern, Kraftfahrer, Industrie-Arbeiter, aber auch erfolgreich in Angestelltenberufen und als Selbständige.

Es ist bei den Gesprächen leicht erkennbar, daß ohne Rücksicht auf die sehr unterschiedlichen Auffassungen über die gewünschte Lösung alle eine rasche Beendigung der Unruhen und der Unsicherheit ersehnen und ein Leben in Ruhe, Frieden und Freiheit.

Man kann bei einer Reise von zwei Wochen, auch wenn sie durch die modernsten Verkehrsmittel außerordentlich viel zu bieten vermöchte, nicht Anspruch darauf erheben, Land und Leute zu kennen. Immerhin erleichtert ein solcher Einblick die zukünftige Beobachtung der Entwicklung und die Stellungnahme zu den Problemen.

Der Landesvater von Niedersachsen

W.H. - Die Wahlreise durch sein Land bestätigt dem Innenminister Heinrich Wilhelm Kopf, daß er für die Bevölkerung Niedersachsens der Landesvater geblieben ist. Es fehlt nicht an Beweisen des Vertrauens und der Zuneigung; überfüllte Versammlungen und Zwigespräche mit Kundgebungsteilnehmern nach Schluß seiner Rede. Wenn der Innenminister Zeit hat, setzt er sich für eine Stunde in eine Ecke des Restaurants und spielt einen zünftigen Skat ...

Das Unbürokratische und Unorthodoxe ist es, was Heinrich Wilhelm Kopf, den langjährigen Ministerpräsidenten in Niedersachsen, dem Volk so sympathisch macht. Noch haben ihm die Arbeiter in Hannover nicht vergessen, daß er in Deutschlands schwerster Zeit das Amt eines Landeschefs übernommen hat und daß er in diesen Jahren sich auch gegen den Willen der Besatzungsmacht durchzusetzen verstand. Als die Besatzungsmacht, es war im Katastrophen-Winter 1946/47, der Bevölkerung Niedersachsens nur einen Zentner Kartoffeln pro Kase zubilligen wollte, obwohl der Vorrat für zwei Zentner reichte, stellte sich Ministerpräsident Kopf an die Spitze des Demonstrationszuges in Hannover ...

Demonstrationen waren damals unter Androhung der Todesstrafe verboten. Die marschierenden Arbeiter waren in großer Gefahr, doch Heinrich Wilhelm Kopf führte sie an, zog vor das Gebäude der Militärregierung und erzwang die Aufhebung der Verordnung. Die Leute bekamen zwei Zentner Kartoffeln!

Die Beispiele seines persönlichen Mutes ließen sich fortsetzen mit vielen anderen Taten. Da war die abenteuerliche Fahrt nach Helgoland, das 1947 noch alliiertes Sperrgebiet war. Deutschen war das Betreten bei Todesstrafe verboten. Kopf aber ließ im Sommer einen Fischkutter klarmachen und schippte mit dem unternehmungslustigen Professor Carlo Schmid zur Insel und betrat sie. Als Chef seines Landes wollte er sich von dem Zustand Helgolands überzeugen. Die zornigen Proteste der Besatzungsmacht nahm er nicht zur Kenntnis.

Sein Weg in die Politik begann schon 1915. Damals schloß sich der 26-jährige Referendar der Sozialdemokratischen Partei an. Carl Seve-

9. April 1959

ring war einer seiner Förderer. 1928 wurde er in seinem Heimatkreis Hadeln bei Cuxhaven zum Landrat gewählt - von allen Parteien. Seine Laufbahn fand ihr Ende mit Hitlers Fackelzug vor der Reichskanzlei.

Die folgenden zwölf Jahre verbrachte der Landrat v.D. Kopf als Kaufmann und Treuhänder in Berlin und später im Osten. Krank von den Strapazen eines Trecks, den er geleitet hatte, kam er 1945 nach Hannover. Er ging zunächst nur widerwillig an die Arbeit, denn sein Ziel war, wieder Landrat in der Heimat zu werden. Dann avancierte er zum Oberpräsidenten, und November 1946 wurde er zum Ministerpräsidenten des neu erstandenen Niedersachsens gewählt.

Niedersachsen entsprang zum großen Teil seiner Initiative. Es ist sein großes Verdienst, daß die Länder Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover zu einem Stück zusammenwachsen. Es bleibt das Verdienst seiner Partei, daß sie in den furchtbaren Jahren der Not das Zonengrenzland freihielten vor den Versuchen der Kommunisten, es in ihre Hände zu bekommen. Die SPD nahm den radikalen Elementen den Wind aus den Segeln und wurde zur stärksten Partei dieses von Flüchtlingen überschwemmten Landes, dessen Großstädte in Trümmern lagen.

Kopf schuf auch mit seinen engsten Freunden des Landes eine vorläufige Verfassung, die bis heute "vorläufig" heißt. Wer dies vergißt, wird von ihm zurecht gewiesen: "Es heißt vorläufige Verfassung! Gewöhnen Sie sich doch nicht so an ein Provisorium, daß Sie nicht mehr wissen, daß es ein Provisorium ist!" Solange Deutschland nicht wiedervereinigt ist, solange will Heinrich Wilhelm Kopf in der Landesverfassung nichts anderes als ein Provisorium sehen. Kopf wendet sich auch immer wieder gegen aufgeblähte Behörden: "Wir haben und machen zuviel Staat - diese Staatlichkeit der Länder artet in zu große Staatlichkeit aus!"

Der profilierte Sozialdemokrat Heinrich Wilhelm Kopf hat sein politisches Postulat in die Formel gekleidet: "Jedem das Seine!" Daraus resultieren seine Kontakte mit allen Bereichen unserer heutigen Gesellschaft, seine ständigen Versuche, auszugleichen und Koalitionen vor dem Bruch zu bewahren. Der Luccaner Vortrag mit der evangelischen Kirche im Jahre 1955 ist bezeichnend für seine Haltung. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie mit ihrem populären Spitzenkandidaten auch aus dieser Wahl im Lande Niedersachsen als stärkste Partei hervorgehen wird.

9. April 1959

Unwürdig

sp - Seit vier Jahren liegt eine Einladung des Obersten Sowjets an den Bundestag vor, eine Delegation von Parlamentariern in die Sowjetunion zu entsenden. Diese Einladung ist an sich nicht ungewöhnlich, sie erging auch an Parlamentarier anderer mit der Bundesrepublik sogar verbündeter Staaten. Wiederholt wollten Mitglieder des britischen Unterhauses, und zwar Angehörige aller Parteien, in der Sowjetunion, um im Gespräch mit den führenden Männern dieser Weltmacht persönliche Eindrücke zu sammeln. Sie sahen diese Reisen nicht als nutzlos an, denn was immer sie mit nach Hause brachten, diente der Korrektur oder der Ergänzung des Bildes, das sie über die Sowjetunion hatten.

Die Einladung an den Bundestag liegt, wie gesagt, vier Jahre zurück. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben sich in Laufe dieser Jahre für die Annahme der Einladung ausgesprochen - mit Ausnahme der CDU, die sich ziert und eine Entscheidung immer wieder auf die lange Bank schiebt. Freilich hat sie nicht den Mut, die Ablehnung offen zu bekunden, sie nimmt Zuflucht zu recht fragwürdigen Vorwänden. Immer müssen innen- oder aussenpolitische Gründe herhalten. Wissen diese Leute, was sie anrichten? Gewiss: Parlamentariedelegationen können nicht verhandeln, dafür sind ja die Regierungen da, aber niemals kann es schaden, mit führenden Körperschaften anderer Staaten in Verbindung zu kommen, auch wenn nicht ein unmittelbarer praktischer Nutzen dabei herauskommt. Ein deutscher Parlamentarierbesuch in Moskau wird sicher nicht imstande sein, den Tiefstand der deutsch-russischen Beziehungen zu überwinden, aber schon atmosphärisch könnte er dazu beitragen, einander besser zu verstehen. Die Politik, und gerade die internationale Politik, erfordert das gegenseitige Gespräch. Sollen wir es ausschliesslich den Bankowern überlassen, den Sowjetrussen ein Bild von Deutschland zu geben, das mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt?

Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten allerhand Anstrengungen unternommen, um die neutralen Staaten zu beeinflussen. Dagegen ist, sofern diese Unterrichtung über die Lage des gespaltenen deutschen Volkes in objektiven Geiste erfolgt, nichts einzuwenden. Die Wichtigkeit dieser Aufklärung soll nicht unterschätzt werden, aber sind nicht Moskau und der Oberste Sowjet der Sowjetunion, von den die Einladung ausgeht, für die Gestaltung der deutschen Zukunft nicht gewichtiger als etwa Bangkok oder Karachi? Halten sich die Parlamentarier der CDU für zu fein für Informationsreisen in die Sowjetunion und Gespräche mit sowjetrussischen Politikern? Die CDU treibt hier ein unwürdiges Spiel, von dem man wohl sagen kann, dass es nicht geeignet ist, eine verbesserte Atmosphäre in den Beziehungen zwischen Bonn und Moskau herbeizuführen. Aber das ist wohl die Absicht.

+ + +

Verantwortlich ; Günter Markschaffel